

Anfrage

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 23/0423-01

Status: öffentlich

Datum: 24.05.2023

Auswirkungen der Einigung in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst auf den Mülheimer Haushalt

Anfrage der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und der CDU

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Finanzausschuss	12.06.2023	Ö	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Ende April haben sich Gewerkschaften und öffentliche Arbeitgeber auf ein Tarifergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen geeinigt. So begrüßenswert dieses Ergebnis für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen ist, es stellt zugleich eine enorme Belastung für die kommunalen Haushalte dar.

Vor diesem Hintergrund bitten die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und CDU die Verwaltung, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Zu welchem Mehraufwand führt das Tarifergebnis in den Jahren 2023 und 2024 im Kernhaushalt der Stadt und im „Konzern Mülheim“?
2. Mit welchem Mehraufwand kalkuliert die Stadt Mülheim an der Ruhr bei den Freien Trägern im Rahmen des Sozialleistungstableaus?

Dabei ist sowohl auf den Personalaufwand als auch auf den Sach- und Dienstleistungsaufwand abzustellen.

Björn Maue

Finanzpolitischer Sprecher

Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Siegfried Rauhut

Finanzpolitischer Sprecher

CDU-Fraktion

Tim Giesbert

Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90 / Die Grünen

Christina Küsters

Fraktionsvorsitzende

CDU-Fraktion